

Deutschland – Frankreich – Polen

Podiumsdiskussion in der Reihe „Termin Europa“

Von Eckhard Kohle



Auf Initiative der Deutsch-Französischen und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in der Auslands-Gesellschaft NRW e.V. fand am 13.2.2008 eine europapolitische Podiumsdiskussion statt, deren Zusammensetzung das „Weimarer Dreieck“ widerspiegelte, das als informelles Gremium der Konsultation zwischen Deutschland, Frankreich und Polen 1991 von den damaligen Außenministern initiiert wurde.

Aus französischer Sicht schilderte Henri Ménudier, Politikprofessor an der Universität Paris Sorbonne und Fachmann für das deutsch-französische Verhältnis, den aktuellen Stand der Europapolitik, insbes. mit Blick auf die Ergebnisse von Lissabon. Aus Warschau war Adam Krzemiński angereist, Redakteur des Nachrichtenmagazins „Polytika“ und dem deutschen Publikum insbes. als Gastautor der „Zeit“ bekannt. Er zeigte sich in seinem Beitrag als glühender Verfechter des „Weimarer Dreiecks“. Geleitet wurde die Veranstaltung von Frank Bunte, ehem. Chefredakteur der Westfälischen Rundschau.

Die Beiträge beider Gäste nahmen besonders die Folgen des Regierungswechsels in Frankreich und Polen in den Blick. Prof. Ménudier begann mit einem Kompliment für Bundeskanzlerin Merkel dafür, dass sie den europäischen Stillstand überwunden habe. Seine Verdienste daran habe auch der neue französische Präsident Sarkozy, der aus der Ablehnung der europäischen Verfassung durch die französischen Wähler Konsequenzen gezogen habe. Der Vertrag von Lissabon als Ersatz für die Verfassung werde nun nicht per Referendum, sondern per Ratifizierung zum 1.1.2009 in Kraft gesetzt – ein überlegter Termin, denn im Sommer 2009 stehen die Wahlen zum Europaparlament an. Was das Weimarer Dreieck angehe, könnten von Sarkozy ebenfalls Impulse ausgehen – im Gegensatz zu Chirac, der die Beziehungen zu Polen durch seine abfälligen Bemerkungen über die polnische Position zum Irak-Krieg belastet habe, sei von Sarkozy mehr Sensibilität zu erwarten. Wichtigstes Ziel des „Weimarer Dreiecks“ sei es, durch Gespräche besser herauszufinden, aus welchen unterschiedlichen Standpunkten sich die Verständigungsprobleme ergeben.

Auf die Frage, ob es denn seitens der übrigen Mitgliedstaaten erwünscht sei, dass drei Zugpferde mit einem besonderen Verhandlungsinstrument vorangehen, könne es nur eine Antwort geben: Was nicht verboten ist, das ist erlaubt. Voraussetzung für den Erfolg sei allerdings, dass niemand ausgeschlossen wird und bi- und trilaterale Gespräche für alle vollkommen transparent sind.

Adam Krzemiński bezeichnete es als Hauptverdienst des „Weimarer Dreiecks“, das Wahrnehmungsgefälle innerhalb Europas abgebaut zu haben. Die osteuropäischen Staaten, bis dato nie als gleichberechtigte Mitglieder der europäischen Staatenfamilie in Erscheinung getreten, hätten sich nach dem Ende des Kalten Krieges, durch NATO- und EU-Beitritt erst einmal in ihre neue Situation hineinfinden müssen. Krzemiński zog eine originelle Parallele zur Ära Adenauer: 2003 hätten sich die osteuropäischen Staaten in ähnlicher Verfassung und Haltung befunden wie die junge Bundesrepublik.

Das „Weimarer Dreieck“ sei zwar beileibe kein gleichschenkliges Dreieck, aber gerade deshalb ein wichtiger und aussichtsreicher Versuch, unter ungleichen Partnern so zusammen zu arbeiten, dass die nationalen Egoismen zurück gedrängt werden können. Dabei gebe auch Rückschläge: Beim deutsch-russischen Verhältnis und der Vereinbarung der von Polen heftig kritisierten Ostsee-Pipeline hätten die nationalen wirtschaftlichen Interessen die Oberhand gewonnen, und es wäre kein Wunder, dass man sich in Polen an das alte Trauma des Hitler-Stalin-Paktes erinnert fühle. Dennoch: Solange wir über die nationalen Egoismen (und Empfindsamkeiten) miteinander reden, reden wir im Rahmen wachsender europäischer Entität.

Auch Krzemiński würdigte die Überwindung des Stillstandes durch den Vertrag von Lissabon. Alle Beteiligten sahen für die nächste Zeit Konflikt- und Gesprächsstoff in Hülle und Fülle, auch für das „Weimarer Dreieck“: Agrarpolitik, Umweltpolitik, (Atom-)Energiepolitik, Verhältnis der EU zu Russland – alles Fragen, zu der die Ungleichzeitigkeiten und Wahrnehmungsunterschiede innerhalb der EU unbedingt beherzigt werden sollten.